V-3 Nieder mit den KfW Studienkredit Zinsen

Antragsteller*in: Ali Khadem und Luc Ouali
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

Das deutsche Bildungssystem zeigt klare Risse und die Finanzierung des Studiums bleibt ein Dorn im Auge vieler junger Menschen. Wie kann es sein, dass in einer Zeit, in der Bildungszugang und Finanzierung bereits prekär sind, die Zinssätze für Studienkredite noch weiter steigen?

Sie haben es gewagt, den Zinssatz des KfW-Studienkredits auf 7,82 Prozent anzuheben. Dies steht in klarem Widerspruch zu den Prinzipien eines sozialen Staates. Der Druck auf die Studierenden ist enorm, gerade wenn man die allgemeinen Lebenskosten bedenkt.

Die aktuelle Situation, in der Studierende mit stetig steigenden Zinssätzen für ihre Studienkredite konfrontiert sind, ist nicht nur untragbar, sondern steht auch im klaren Widerspruch zu den Idealen eines sozialen und gerechten Bildungssystems. Daher fordern wir:

Zinsstopp: Keine weiteren Zinserhöhungen für Studienkredite. Die aktuellen Zinssätze haben bereits eine Grenze erreicht, die für viele Studierende nicht mehr tragbar ist.

Zinsübernahme durch die Bundesregierung: Die Bundesregierung sollte in die Pflicht genommen werden, die anfallenden Zinsen für Studienkredite zu übernehmen. Dies würde nicht nur die finanzielle Belastung für Studierende erheblich reduzieren, sondern auch ein klares Signal setzen, dass Bildungsinvestitionen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung sind.

Rückwirkende Zinsbefreiung: Für Studierende, die bereits unter den hohen Zinssätzen leiden, sollte eine rückwirkende Befreiung von bereits angefallenen Zinsen eingeführt werden. Dies wäre eine dringend notwendige Entlastung und eine Anerkennung ihrer finanziellen Belastung.

Langfristige Überarbeitung der Studienkredit-Struktur: Eine dauerhafte Lösung sollte in Angriff genommen werden, um das System der Studienkredite so zu überarbeiten, dass es gerecht, transparent und zugänglich für alle ist, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund.

BAföG-Zugang: Der Zugang zum BAföG ist unzureichend und muss erweitert werden. Alle Studierenden, unabhängig von ihrem Hintergrund, sollten Anspruch darauf haben. Überflüssige Bürokratie muss gestoppt werden, um den Zugang zu erleichtern.

Es ist nicht vertretbar, dass Studierende, die auf Kredite angewiesen sind, so stark belastet werden. Wir, die jüngere Generation, müssen für besseren Bildungszugang und -finanzierung kämpfen. Die Investition in die Bildung der jungen Generation sollte keine Bürde für die Studierenden selbst sein, sondern eine Priorität für die gesamte Gesellschaft. .

Begründung

Erfolgt mündlich